

In eigener Sache

Wir, Cfs, sind kein Verein mit festen Statuten und amtlich bestätigten Mitgliedern, sondern verstehen uns als Teil der sozialen Bewegung. Wie haben ein Sprecherkollektiv (zur Zeit: Martin Block, Reinhold Fertig, Hartmut Futterlieb, Wolfgang Hart, Michael Korbmacher, Ingrid Schellhammer, Oliver Schieffer, Henriette Sobisch), das zwischen den Intensivseminaren sich ca. 4 bis 5 Mal trifft, um unsere Arbeit voranzutreiben und notwendige Entscheidungen zu treffen. Wir haben ein Büro, wo Informationen zusammenfließen und wo bearbeitet wird, was organisatorisch notwendig ist. Wir haben eine Webseite und geben drei bis vier Mal im Jahr ein Circular heraus. Wir sind Mitglied bei attac, Buko, in der Initiative Kirche von unten, und im Ökumenischen Netz in Deutschland. All das kostet Geld, zumal wir versuchen, dass bei den Intensivseminaren auch diejenigen mitmachen können, die wenig Geld zur Verfügung haben. **Zwei größere Projekte** sind geplant:

1. Nach längerer Zeit wollen wir wieder ein **Jahrbuch** herausgeben.
2. Mehrfach hat inzwischen die Arbeitsgruppe zum Matthäusevangelium Seminare veranstaltet. Daraus soll ein Buch entstehen, das die Ergebnisse der **materialistischen Re-Lektüre des Matthäusevangeliums** als einer politischen Lektüre vorstellt.

Außerdem wäre es sinnvoll, wenn die Kontakte zu befreundeten Gruppen (CFK u.a.) besser gepflegt werden könnten.

Deshalb bitten wir alle Mitglieder und Freunde von Cfs einen Beitrag für unsere Arbeit zu leisten, mindestens monatlich **3,50 € oder 35,- €** im Jahr. Einige haben das schon getan, Die Abrechnung, wofür das Geld ausgegeben wurde, wird jährlich während des Intensivseminars erfolgen.

Das Cfs-Konto lautet:

**Kto Nr. 0301562941 (Kontoinhaber: Hartmut Futterlieb, Cfs)
bei der Sparda-Bank Hessen e.G. (BLZ: 500 905 00).**



ChristInnen für den Sozialismus

Cfs—Circular 2 2013

Inhalt:

Reich macht Arm
.....Seite 1

Schwarzer Kessel—
bunte DemoSeite 4

Voll Wut, Voll Trauer,
voll FreudeSeite 8

Fetischismus des Gel-
des Seite 10

Kreuz und Klassen-
kampf.....Seite 12
Von Büchern.... S. 15

Cfs—Büro

Kontakt:
Hartmut Futterlieb
Zur Linde 9
36251 Bad Hersfeld
Tel: 06621-74905
Hartmut.Futterlieb@t-
online.de

Www.chrisoz.de

Reich macht Arm

Kommunale Strategien gegen soziale Ausgrenzung

Der Saal im Glashaus in Rieselfeld, einem Stadtteil Freiburgs, war am 2. März 2013 gut gefüllt. Die Cfs-Gruppe Freiburg und andere Organisationen wie der „Runde Tisch zu den Auswirkungen der Hartz IV-Gesetze in Freiburg“ hatten eingeladen. Gekommen war eine bunte Mischung aus sozial Engagierten und Betroffenen, darunter auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Schweiz und aus Frankreich.

Überall wird die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben. Die Eurokrise ist nicht nur ein Projekt der Umverteilung des Vermögens von unten nach oben. Sie dient auch der Spaltung der Gesellschaften innerhalb der Eurozone. Eine breite, durch Almosen unterstützte Unterklasse erzeugt die nötigen Ängste vor dem Abstieg in den Mittelschichten. So wird es hingenommen, wenn bitter erkämpfte soziale Rechte abgebaut werden und die Löhne stagnieren, während die Renditen in die Höhe schnellen.

Grundlage für die Diskussion war ein Vortrag von Walter Hanusch, Armutsforscher an der Hochschule in Darmstadt. Sein Thema war:

„Soziale Spaltung und Armut in den Kommunen– Herausforderungen und Handlungsoptionen.“

Der Referent arbeitet selbst an Stadtentwicklungsprojekten mit, in denen es darum geht, Strategien gegen die Verarmung ganzer Stadtteile zu entwickeln und die Bürger an dieser Arbeit zu beteiligen. Deshalb stellte er im Vortrag konkrete Projekte vor, in denen dies praktiziert wurde. Dabei seien die folgenden Bedingungen zu berücksichtigen:

- Die Erosion der traditionellen Milieus
- Der Verlust der sozialen Mitte
- Das Vertrauen in des politische System geht zurück
- Die politische Gewalt nimmt zu

All dies sei Ausdruck eines strukturellen gesellschaftlichen Wandels.

„Struktureller Wandel“ klingt sehr neutral. Die genannten Bedingungen haben ihre Ursache im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, dessen Akteure inzwischen auch die politischen Entscheidungen demokratisch gewählter Politiker dominieren.

In der Tagung ging es aber vor allem um die Möglichkeiten, die kommunale Instanzen und kommunale soziale Bewegungen haben, Ausgrenzung und Spaltung bewusst zu machen und Gegenstrategien zu entwickeln, und zwar mit den Betroffenen selbst.

„Auch Inge Zeller liegt nicht weit (über dem Existenzminimum)..“ schreibt Anja Bochtler in der Badischen Zeitung vom 4. März 2013, „doch zumindest hat sie ‘Hartz IV‘ hinter sich. Neben ihrer Viertelstelle als Beraterin bei der ‘Freiburger Initiative gegen Arbeitslosigkeit‘ (Friga) hat die Betriebswirtin seit kurzem einen Minijob als Kassiererin bei einer Tankstelle. Davor lagen etliche Jahre mit ‘Hartz IV‘, nachdem sie mit Anfang 40 ihre Stelle verloren hatte. Inzwischen ist sie 54 und berät etliche, die, wie sie selbst, nichts zu tun haben mit dem viel genutzten Klischee vom unqualifizierten Arbeitslosen. Allen versucht sie zu vermitteln, dass sie sich nicht schuldig fühlen sollen an ihrer Situation, sondern gegen die Strukturen ankämpfen können. Sie hat das immer getan, vor dem Start von ‘Hartz IV‘ bei der Gewerkschaft Verdi in Berlin, nun seit Jahren unter anderem beim ‚Runden Tisch zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze‘.

Wo kann man ansetzen in Freiburg?

Gäste aus anderen Städten berichten von Erfolgen, von der Steuerfreiheit für Jahreseinkommen bis 36 000 Franken in Basel, von einem Restaurant,

Von Büchern

Ulrich Duchrow, Gieriges Geld
Auswege aus der Kapitalismusfalle
Befreiungstheologische Perspektiven
Kösel-Verlag, München 2013

„Wenn es um Geld ging“, sagte mir ein Freund aus Thüringen, „hieß es früher: ‚Mach dir keinen Kopp‘. Heute, in der neuen Zeit, heißt es: ‚rechnet sich das?‘“

Ulrich Duchrows neues Buch zeichnet nicht nur die Entwicklung des Geldes in der Geschichte nach, sondern auch seine Verbindung mit der Entstehung von Staaten, von Söldnerheeren und der Ideologie des Privateigentums. Dabei geht sein Blick immer über das hinaus, was als „abendländische Zivilisation“ bezeichnet wird. Gegenüber der alles beherrschenden Geldstruktur entstehen für ihn in der „Achszeit“ in Griechenland (Philosophie) in Israel (Propheten), in Indien (Buddha) und in China (Konfuzius, Laotse) kulturelle Gegenentwürfe, die sich in Befreiungstheologien äußern, wobei er auch muslimische Traditionen einbezieht. Das Leitwort „Gier“ ist für Ulrich Duchrow nicht eine bloß moralische Kategorie, sondern „hat Wurzeln in der marktförmigen Geldwirtschaft selbst.“ (S. 25) Die Gegenstrategien der jüdischen, christlichen, buddhistischen oder muslimischen Befreiungstheologien können sich daher nicht allein auf „religiöse“ oder „spirituelle“ Verinnerlichung berufen, sondern müssen zwangsläufig politisch und sozial engagierte Gegenentwürfe entwickeln, wie sie im letzten Teil des Buches vorgestellt werden.

Katja Strobel,
Zwischen Selbstbestimmung und Solidarität
Arbeit und Geschlechterverhältnisse aus feministisch-
befreiungstheologischer Perspektive
edition itp-Kompass, Münster 2012

Angeichts der Entsolidarisierungsprozesse (die in der neoliberalen Ideologie gerne positiv mit dem Wort „Individualisierung“ belegt werden) im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus untersucht Katja Strobel in ihrer Dissertation die Stellung von Frauen im Dienstleistungssektor, in ihren bezahlten und unbezahlten Arbeitszusammenhängen sowie als Hartz-IV-Empfängerinnen. Differenziert zeichnet sie die Entwicklungen in der Bundesrepublik nach, die Frauen an der Subjektwerdung hindern. Diese Analyse konfrontiert sie mit den feministisch-befreiungstheologischen Schlüsselkategorien „Subjekt“, „Solidarität“ und „politische Handlungsfähigkeit“. Daraus ergeben sich am Schluss des Buches die Fragen nach theologischen Konsequenzen und konkreten Modellen einer politischen Praxis.

Spreche ich denn von Kierkegaard oder vom Klassenkampf? Es wird mir und vielen anderen Christen immer unmöglicher, beides zu trennen. Ich kann mein Leben nicht mehr in diese Schubladen aufteilen. Ich weiß sicher, dass das Evangelium keine Neutralität, kein Sich-Heraushalten duldet. Man mag zögern, den Kampf Jesu gegen die einheimische herrschende Klasse der Sadduzäer oder gegen die imperialistische Unterdrückung durch Rom als „Klassenkampf“ zu bezeichnen, aber es ist kein Zweifel darüber möglich, auf welcher Seite er stand: auf der Seite der Armen, der religiös Unerzogenen und daher Verachteten, wie die Frauen, bei Ausgestoßenen, wie Huren und Zöllnern. Er rekrutierte Freunde im ländlichen Proletariat der Fischer. Das Ziel seines Kampfes, das Reich Gottes, war die Überwindung einer klassenteiligen Gesellschaft in eine, in der Brüderlichkeit und Schwestlichkeit möglich sein wird. Der Ruf, sein Kreuz zu nehmen, ist der Ruf, sich dem Kampf anzuschließen. Ergreife Partei, brich die Neutralität, stelle dich auf die Seite der Verdammten dieser Erde. (...)

Wenn wir die bürgerliche Theologie verlassen, dann müssen wir das individualistische Rahmenwerk, innerhalb dessen sie arbeitet, aufgeben. Eine neue Interpretation, die Kreuz und Klassenkampf zusammendenkt, setzt bei der aktiven bewussten Entscheidung eines Lebens für die Armen und Unterdrückten an. Auch Jesus hat mit dem Kreuz nicht einfach ein Schicksal auf sich genommen, das er annehmen und ertragen musste. Es war sein freier Wille, seines Vaters Haus zu verlassen. Es war seine Entscheidung, Galiläa, wo seine Basis zweifellos stärker war, zu verlassen, und schließlich lief er frei in seine eigene Katastrophe, die wir Kreuz nennen, nicht anders als Tausende von organisierten Arbeitern, die auch zu Hause ein friedlicheres und ruhigeres Leben hätten führen können.

Ich möchte drei Dimensionen dessen, was es bedeutet, sein Kreuz auf sich zu nehmen, entwickeln. Es heißt:

- die Neutralität brechen
- Die Unsichtbaren sichtbar machen
- Eine Vision teilen

Es ist Entscheidung, Mitleiden (compassion) und Vision. (...)

Dorothee Sölle

(aus: Junge Kirche, Heft 2, 1978, S. 61 ff.)

in dem jeder bezahlt, was er kann, in Mulhouse. Von Ein-Euro-Tickets im öffentlichen Nahverkehr für Geringverdiener in Mannheim. ... Unumstritten sind aber solche ‚Almosen-Maßnahmen‘ nicht: Etliche kritisieren die ‚Vertafelung‘ der Gesellschaft, die dazu führt, dass Tafelläden und Sozialtickets in Kommunen ‚korrigieren, was die Bundesrepublik versaut.‘ ...“

Die von Wirtschaft und Politik geforderten Ausgabenkürzungen, die immer wieder mit dem positiv besetzten Wort „Sparen“ erzwungen werden, führen zu Sozialkürzungen und Sanktionsmaßnahmen bei den Betroffenen, die ihre Menschenwürde verletzen. „Hartz IV insgesamt muss also in Frage gestellt werden. Genauso klar ist aber auch, dass die Kommunen mehr Gelder brauchen. Ein kommunaler Reichtumsbericht könnte dabei helfen, die Möglichkeiten herauszuarbeiten, die Einnahmenseite der Kommunen zu verbessern. So wurden neben der allgemeinen Kritik an der Entwicklung von Armut in unserer Gesellschaft konkrete Vorschläge überlegt, wie in einem kommunalen Umfeld darauf zu reagieren sei. Auf die offiziellen Institutionen im sozialen Bereich ist kein Verlass, sie sind ganz und gar eingespannt in die Interessen neoliberaler Politik, wie sie z.B. in dem Konzept „Fördern und Fordern“ zum Ausdruck kommt, wobei in der Realität der Schwerpunkt eindeutig auf „Fordern“, d. h. auf Sanktionen, auf Bestrafung liegt. Franz Segbert hat deshalb in einem Vortrag die These vertreten: „Die Diskussion über die Regelsätze wird vorwiegend sozialpolitisch und verfassungspolitisch geführt, allerdings bislang kaum im Zusammenhang mit Menschenrechtsverpflichtungen.“

Armut ist nicht nur Einkommensarmut. Wer arm ist, wird ausgeschlossen von guter Bildung, guter Arbeit und kulturellen Angeboten. Es entsteht eine Schicht, die aus den Kommunikationszusammenhängen der Gesellschaft ausgeschlossen ist.

Armut ist ein Mangel an Verwirklichungschancen. Der indische Philosoph Armartya Sen sagt, nicht was Menschen haben, entscheide über Armut, sondern was sie tun und sein könnten. Dazu brauchten sie aber innere und äußere Verwirklichungschancen.

Armut bedeutet, dass Menschen- und Bürgerrechte verletzt werden. Arme Menschen sind Bürger, denen Grund- und Menschenrechte vorenthalten werden. Armut ist deshalb beides: Falsch verteilter Reichtum und falsch verteilte Macht.

Schwarzer Kessel und bunte Demonstration Frankfurt, 1. Juni 2013

Wir drei „Attacis“ aus Bad Hersfeld hatten uns vorgenommen, mit der Fuldaer Gruppe gemeinsam nach Frankfurt zur Blockupy-Demonstration zu fahren. Aber unsere Fahrt endete schon in Hünfeld. Die Straße war wegen Hochwasser abgesperrt. So entschlossen wir uns, die Autobahn nach Frankfurt zu nehmen und das Auto in Frankfurt-Keiserlei abzustellen, um per S-Bahn in die Stadt hinein zu fahren.

Wir kamen so früh, dass wir die Fuldaer attac-Gruppe am Hauptbahnhof abholen konnten. Gemeinsam zogen wir zum Baseler Platz, wo die Demonstration beginnen sollte. Etwa zwanzigtausend Menschen hatten sich hier versammelt, Blockupy-Gruppen, attac, Gewerkschaftsgruppen, auch DKP, die Linke usw. Dazu kam eine größere Gruppe der Stuttgart 21-Gegner. Er war eine gemischte Versammlung. Eine Reihe älterer Veteranen aus der Friedensbewegung, aber auch viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer mittleren Alters und viele Jugendliche. Die Gesellschaft war bunt und vielfältig. Die Fuldaer hatten ein Plakat mitgebracht: „Alle reden von Wachstum - wir nicht“, mit einem Bild von Oscar, dem Blechtrommler. Außerdem hatten sie eine Tuschlange für sechs Leute mitgebracht. Die erste Person trug einen Raupenkopf aus Pappmasché und ein Schild mit der Aufschrift: „Ich bin die Raupe Wettbewerb.“ und jeder Kopf, der aus dem Tuch herausah, trug ein Schild: „Ich fresse eure Rente“, „Ich fresse eure Bildung“, „Ich fresse eure Arbeitsplätze“ usw. Ich machte mit und trug eines der Schilder.

Wir schlängelten uns durch die Demonstration, die in die Wilhelm-Leuschner-Straße einbog und erregten dadurch viel Aufmerksamkeit, wurden oft fotografiert und gefilmt, eine kreative Aktion der attac-Gruppe Fulda, die gut ankam .

Dadurch, dass wir uns durch den Zug schlängelten, traf ich dann auch einige Bekannte von CfS, die in unterschiedlichen Gruppen an der Demonstration teilnahmen. Der Zug bewegte sich langsam durch die Wilhelm-Leuschner-Straße, mit Musik und viel Bewegung. Wir hielten uns beim Lautsprecherwagen der DGB-Jugend auf. Die Demonstrationsroute war ausgehandelt und genehmigt. Was konnte schon passieren. Es war für mich allerdings eine Frage, ob sie ausgerechnet in einem Geschäftsviertel stattfinden musste, wo wenig Leute auf der Straße waren, die hätten angesprochen werden können. Und warum wurde ein Hotel durch eine dichte Reihe von behelmteten und mit Schilden und Schlagstöcken bewaffneten Polizisten besonders bewacht?

Als wir auf der Kreuzung Wilhelm-Leuschner-Straße / Mainliusstraße waren, stoppte der Zug plötzlich. Ein Riesenaufgebot der Polizei hatte ca. tausend Leute willkürlich vom übrigen Zug abgespalten und eingekesselt, und zwar in der Hof-

mus, „da kann man nix machen“. Auch hier sind harte und weiche Formen des Kampfes entwickelt worden, aber man sollte nicht vergessen, dass das wichtigste Kampfmittel der Arbeiterklasse ein gewaltfreies war, nämlich der Streik, den unbewaffnete Arbeiter gegen hoch bewaffnete Polizei und Militäreinheiten, die im Dienst der Privilegierten standen, geführt haben. Wir müssen den Klassenkampf als ein Faktum sehen lernen, angesichts dessen keine Neutralität möglich ist, die einzige Frage, die zählt, ist, auf welcher Seite du stehst.

Gerade die Neutralisierung ist aber das Ausweichmanöver der Klasse, zu der auch ich gehöre, der Mittelklasse. Objektivität und Unparteilichkeit sind Erziehungsziele, die wir internalisiert haben. Ein klares Bewusstsein über die Rolle, die Aufgabe und die Bedeutung der Mittelklasse fehlt. Menschen der Mittelklasse bleiben gern unentschieden und verstehen sich selber als über den Fronten stehend. Sie schwanken in ihren Sympathien und Bündnissen. Ein junger Pfarrer oder Lehrer in einer armen Gegend wird sehr gemischte Gefühle haben. Auf der einen Hand erkennt er die Nöte der Bevölkerung und kann sich mit ihrer Sache identifizieren. Auch die junge Lehrerin wünscht sich eine kleinere Schulklasse und bessere Ausstattung. Auf der anderen Seite ist sie dazu erzogen, alles von der mächtigen Bürokratie über ihr zu erwarten. Ist sie den Kindern verantwortlich oder der Behörde? In den meisten Fällen wird sie eine Entscheidung zu vermeiden versuchen oder nur halbherzig handeln. Eben das hat sie gelernt. Die primitive Frage „Auf welcher Seite stehst du?“ ist nicht beliebt. Das Schwanken der Mittelklasse hat ja auch eine sehr schöne Seite: die geistige Offenheit, die Lernfähigkeit, das noch nicht Festgelegte. Aber die Gefahr der Mittelklassensituation ist das endlose Schwanken. Kierkegaard hat diesen Menschentyp unter dem Stichwort der „unendlichen Reflexion“ gekennzeichnet, über der ein Mensch unfähig wird, sich zu entscheiden und sich der Realität zu stellen. Die intellektuelle religiöse Neutralität, die die Entscheidung für oder gegen den Glauben fürchtet und hinauszögert, ist nicht so weit entfernt von der intellektuellen politischen Neutralität. Es sind zwei Aspekte derselben Haltung. Nachdenklichkeit, Zögern im Urteil, Skeptizismus werden durch eine bessere Erziehung häufig befördert. Kierkegaard hat diese Haltung vernichtend kritisiert: die ängstlich gehütete Freiheit und Nicht-Festgelegtheit schlägt in Unfreiheit um, Neutralität ist unmöglich, wer sich nicht entscheidet, hat schon entschieden.

Vielleicht stört es Sie, dass ich Politik und Religion ständig vermische.

Kreuz und Klassenkampf

Ein Auszug aus dem Vortrag, den Dorothee Sölle am 7. Oktober 1977 anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an der Freien Fakultät für Protestantische Theologie in Paris gehalten hat.

(...)Das Kreuz ist ein politisches Instrument gewesen, ein Instrument des Klassenkampfes. Was hat denn das hässliche Wort Klassenkampf mit dem Kreuz und dem Glauben zu tun? Dazu muss ich etwas weiter ausholen.

Wir leben in einer polarisierten, geteilten Gesellschaft. Es gibt extreme Ungleichheiten im Anteil an dem gesamten Sozialprodukt, Ungleichheiten, gegen die die mittelalterliche Ungleichheit vom König zum Bettler winzig erscheint. Materielle und politische Privilegien trennen die Besitzer von Produktionsmitteln von der abhängigen Mehrheit. Die Ungleichheit von Vermögen, Einkommen und Macht begründet die Teilung in Klassen. Eine Gesellschaft, die durch Klassenprivilegien bestimmt ist, bringt notwendigerweise den Klassenkampf hervor. Man kann Herrschaft, die materielle Privilegien sichert, nicht ohne zu kämpfen aufrecht erhalten. Der Kampf ist die natürliche Darstellung der Teilung, eine Tatsache des Lebens in einer Klassengesellschaft.

Wir haben zwei Formen des Klassenkampfes zu unterscheiden, den Klassenkampf von oben und den von unten. Der Klassenkampf von oben ist unvermeidlich, weil man zwar kampflos in Knechtschaft und Sklaverei leben kann, nicht aber in Herrschaft und Unterdrückung. Um Privilegien aufrecht zu erhalten, dazu muss man auf der Hut sein, harte und weiche Formen des Kampfes entwickeln. Der unmittelbare wirtschaftliche Druck, z.B. die Weigerung vieler Industrieller in der Bundesrepublik, weiterhin Lehrlinge auszubilden, wenn man sich nicht gleichzeitig als billige Arbeitskräfte benutzen kann, und der vermittelte ideologische Druck, der z.B. darin besteht, dass man Wörter wie Klassen oder Kampf nicht zulässt, als staatsgefährdend oder terrorismuserzeugend verbietet, beide Methoden spielen Hand in Hand. Man kann Privilegien nicht ohne Herrschaft und Zwang aufrechterhalten. In diesem Sinn ist auch das Kreuz ein Mittel des Klassenkampfes von oben gewesen.

Der Klassenkampf von unten dagegen ist nichts weniger als selbstverständlich oder permanent. Die Unterklassen haben eine Entscheidung zu treffen, natürlicherweise tendieren sie zu politischer Apathie und Fatalis-

straße zwischen dem Stadttheater und dem jüdischen Museum. Die Polizisten standen dicht gestaffelt in Fünfer- oder Sechserreihen hintereinander und begannen, aus dem Kessel Einzelne herauszuziehen, um sie erkennungsdienstlich zu behandeln und einer Leibesvisitation zu unterziehen. Sie behaupteten, dass die Demonstranten verummumt wären und „passive Bewaffnung“ (Schutzbrillen usw.) dabei hätten. Auch Skibrillen gälten als „passive Bewaffnung“, möglicherweise auch die Regenschirme, die die Demonstrantinnen und Demonstranten mit kreativen Parolen bemalt hatten.

Die martialisch gekleidete und wie ein schwarzer Block vorrückende Polizei setzte Pfefferspray, Tränengas und Schlagstöcke ein, wobei einem der Demonstranten der Kragen platzte und er eine Flasche in Richtung Polizei warf. Es soll auch ein bengalischer Feuerwerkskörper gezündet worden sein. Es waren keine Aktionen erkennbar, die ein solches Vorgehen der Polizei hätte rechtfertigen können. Es war für uns ganz offensichtlich, dass die Polizei den Befehl hatte, die Demonstration hier an dieser Stelle zu stoppen und sie nicht bis zur Europäischen Zentralbank vordringen zu lassen.

Wir standen also auf dem Platz und harrten aus, denn wir wollten uns nicht von den Eingekesselten abspalten lassen, wie es die Strategie der Polizei offenbar vorsah. So gab es Solidaritätserklärungen mit den Eingekesselten. Es gab ein buntes Programm mit einer Kölner Gruppe, die Schlager zu politischen Liedern umgedichtet hatte und diese in hippie-artigen Kostümen so zum Besten gaben, dass das Publikum mit Begeisterung mitsingen konnte. Es gab Clowns, die sich mit ihren roten Nasen zur Polizeikette stellten und in Rührt-Euch-Stellung böse in die Menge guckten. Es gab Stelzenläufer und einen Mann, der große Seifenblasen produzierte und seine Kunstwerke dann der Luft überließ. Aus den Lautsprechern erklangen Lieder und Protestsongs, Musik für alle Generationen, selbst „Was wollen wir trinken“ von den „bots“ war wieder da. Junge Leute, aber auch ganze Familien tanzten in die Wartezeit hinein, denn es wurde immer später.

Auf diese Weise harrten wir aus. Die Demonstration war bis 16.00 Uhr angemeldet. Danach sammelten sich plötzlich mehrere Reihen von Polizisten in der Mainliusstraße und stellten sich mit ihren Schilden, ihren Vermummungen, den Helmen mit heruntergeklappten Visier vor uns auf, so dass die Straße abgesperrt war. Der junge Mann im Lautsprecherwagen machte uns darauf aufmerksam und wir strömten auf der Seite zur Mainliusstraße hin zusammen, um den Polizisten ein Gegenüber zu bieten. Ich hatte den Eindruck, dass eventuell geplant war, den Zug auch an dieser Stelle zu spalten oder abzuriegeln. Aber nach einer Weile nahmen die Polizisten den Helm ab und zogen wieder ab.

Was ist das für ein Staat, der eine Polizei braucht, die wie eine Bürgerkriegsarmee agiert, schoss es mir durch den Kopf. Offensichtlich ist er sich nicht mehr sicher, welches der Grundkonsens in der Gesellschaft ist, für die er ja nur das ausführende Organ ist. Das Wort „Sozialstaat“, das einmal einen wichtigen Aspekt des Grundkonsenses andeutete, hält nicht mehr, was es verspricht. Der Staat schafft sich also eine Angst einflößende, mit brutalen Mitteln ausgestattete Truppe und zeigt damit, dass diese grundsätzlich die überlegene Macht ist, die die Rechte der Bürgerinnen und Bürger durch Einschüchterung einschränken kann.

Der Einsatz war überhaupt nicht verhältnismäßig. Und wenn es stimmt, dass ca. 320 Demonstrantinnen und Demonstranten jeden Alters verletzt wurden, dann ist die Frage erlaubt, ob wir nicht doch in einem Polizeistaat leben. Die demokratischen Institutionen, die den Staat zu kontrollieren haben, sind sich ihrer Legitimierung anscheinend unsicher geworden. Deshalb gestehen sie dem Staat Prätorianergarden zu wie zu Zeiten der römischen Kaiser. Damals waren sie Ausdruck der imperialen Macht.

Anscheinend ist es also wichtig, die Europäische Zentralbank mindestens ebenso vor friedlichen Demonstrationen zu schützen wie vor Jahren die Atomkraftwerke. EZB, EU und IWF sind als Troika inzwischen längst eine nicht demokratisch legitimierte Nebenregierung, die die Diktatur der Akteure auf den Finanzmärkten möglich macht.

Dass die Polizei so vorgeht, dass sie so mit einer „Aktiv-Bewaffnung“ ausgerüstet ist, deren Wirkungsgrad immer wieder erweitert wird, während den Demonstrantinnen und Demonstranten jede „Passiv-Bewaffnung“ verboten ist, lässt sich nur damit erklären, dass sie die Exekutivgewalt für eine Regierung darstellt, die zwar demokratisch gewählt wurde, deren Legitimität und Verankerung in der Bevölkerung aber längst in Frage steht.

Auf die Frage an einen Polizisten, der unter seinem Helm eine Sturmhaube trug, die nur Augen und Mund sichtbar werden ließ, warum er sich so verummte, antwortete dieser: „Haben Sie nicht gehört, dass ein Demonstrant durch einen anderen schwer verletzt worden ist?“ Offensichtlich war ihm das so erzählt worden. Solche Gerüchte haben die Funktion, eigene Handlungsweisen rechtfertigen zu können. Aber auch das kann ja den Grund für die Vermummung nicht erklären. Die Diskussion darum, ob Polizisten namentlich erkennbar sein sollten, wird immer wieder verhindert. „Eure Eltern schämen sich für euch“, war ein Slogan aus dem Kessel, der den Polizisten entgegen gerufen wurde.

Inzwischen wurden Wasserwerfer aufgefahren und in Bereitschaft gestellt. Die Seitenstraßen wurden durch Polizeiketten abgeriegelt, so dass nur noch ein Ausgang zur Wilhelm-Leuschner-Straße möglich war, der jederzeit abgeriegelt werden konnte. Wir harhten trotzdem aus. Die Polizeiführung hatte Kommunikationsbeamte eingesetzt, die in normaler Polizeiuniform und als solche gekennzeichnet am Rande der Demonstration herumstanden. Sie wurden von vorwiegend älteren Leuten in Gespräche verwickelt, hatten aber offenbar auch keine Erklärungen für das Geschehen. Die Gespräche zwischen der Demonstrationsleitung und der Polizei verliefen unnachgiebig. Die Polizei wollte den Demonstrationszug entweder ohne die Eingekesselten weiter ziehen lassen oder gar nicht. Das konnten wir nicht zulassen.

Inzwischen gab es eine Solidaritätsaktion aus dem Schauspielhaus heraus. Die Schauspieler versorgten die Eingekesselten mit Wasser und ließen ein großes Banner herabhängen, auf dem das Wort „Solidarität“ stand. Das korrespondierte mit dem immer wieder aufkommenden Ruf, den ich von früher kenne: „Hoch die internationale Solidarität.“

Gegen zwanzig Uhr war der Chef der Linksfraktion im Landtag van Oyen aus dem Kessel entlassen. Er meldete sofort eine neue Demonstration an, so dass wir nicht

hochhalten, und auf diese Weise zugleich das Kontrollrecht der Staaten infrage stellen, denen immer noch die Sorge für das Gemeinwohl obliegt.

Eine neue, unsichtbare und manchmal virtuelle Tyrannei wird installiert, eine Tyrannei, die einseitig und obligatorisch ihre eigenen Gesetze und Regeln durchsetzt. Darüber hinaus entfernen Verschuldung und Kredite Länder von ihrer realen Wirtschaft und Bürger von ihrer wirklichen Kaufkraft. Hinzu kommen die um sich greifende Korruption und die egoistische Steuerhinterziehung, die weltweite Dimensionen angenommen haben. Die Besessenheit von Macht und Besitz ist grenzenlos geworden.

Hinter einer solchen Haltung verbirgt sich die Verweigerung ethischen Verhaltens, die Verweigerung Gottes. Ethik stört - wie die Solidarität! Sie wird als kontraproduktiv angesehen, als zu menschlich, weil sie Geld und Macht relativiert; sie wird als Drohung empfunden, weil sie sich der Manipulation und der Unterwerfung des Menschen verweigert. Denn die Ethik führt zu Gott, der in Marktkategorien nicht erfasst werden kann. Gott wird von diesen Finanz- und Wirtschaftsleuten sowie von diesen Politikern als nicht lenkbar, ja sogar als gefährlich wahrgenommen, weil er die Menschen dazu aufruft, sich selbst voll zu verwirklichen und sich von jeder Form der Sklaverei frei zu machen. Die Ethik - natürlich nicht die Ethik dieser Ideologie - macht es meiner Meinung nach möglich, eine ausgewogene, menschlichere Gesellschaftsordnung zu schaffen. In diesem Sinne spreche ich den Finanzexperten und den politischen Führungskräften für ihre jeweiligen Länder den Mut zu, die Worte des Heiligen Chrysostomus zu bedenken: „Die eigenen Güter mit den Armen nicht zu teilen, bedeutet sie ihres Lebens zu berauben und ihnen das Leben zu nehmen. Die Güter, die wir besitzen, gehören nicht uns, sondern ihnen.“ (Homélie sur Lazare, 1, 6, PG 48, 992D).

...Die Kirche ihrerseits arbeitet stets für die ganzheitliche Entwicklung jedes Menschen. In diesem Sinne erinnert sie daran, dass das Gemeinwohl nicht als simple Summe oder als simples konzeptionelles Schema von minderer Qualität anzusehen ist, das man der politischen Agenda als Anhang beifügen kann. Die Kirche ermutigt die Regierenden, wirklich im Dienst des Gemeinwohls ihrer Völker zu stehen. Sie ermahnt die Führungskräfte der Finanzwelt, Ethik und Solidarität ernst zu nehmen. Und warum sich nicht an Gott wenden mit der Bitte, er möge die eigenen Entwürfe inspirieren? Dann wird man ein neues politisch-ökonomisches Denken entwickeln, das dazu verhelfen kann, die totale Spaltung zwischen Wirtschaft und Gesellschaft in ein ausgewogenes Zusammenwirken umzuwandeln. (...)

Übersetzung aus dem Spanischen: Norbert Arntz

Quelle: <http://blogs.periodistadigital.com/religiondigital.php/2013/05/16/una-reformatica-de-la-economia-mundial—kopiert> 17. 5. 2013

Wider den Fetischismus des Geldes

Papst Franziskus an die Botschafter von Kirgisien, von Antigua und Barbuda, des Großherzogtums Luxemburg und von Botswana 16. Mai 2013 (Auszüge)

Sehr geehrte Herren Botschafter! (...)

Die Menschheit steht gegenwärtig an einem Wendepunkt der Geschichte, wenn man die Fortschritte auf verschiedenen Gebieten bedenkt. Zu würdigen sind die positiven Errungenschaften, die zu einem wirklichen Wohlstand beitragen, wie zum Beispiel im Gesundheits-, Bildungs- und Kommunikationssektor. Aber wir müssen auch anerkennen, dass die Mehrheit der Männer und Frauen unserer Zeit immer noch täglich in Unsicherheit leben, mit schlimmen Folgen. Krankheiten mit psychischen Folgen nehmen zu, Angst und Verzweiflung bemächtigen sich der Herzen vieler Menschen, auch in den sogenannten reichen Ländern; die Freude am Leben schwindet, Obszönität und Gewalt nehmen zu; die Armut greift immer mehr um sich. Die Menschen müssen kämpfen, um leben zu können, und häufig nur, um unwürdig leben zu können. Eine der Ursachen für diese Situation liegt meiner Meinung nach in unserer Beziehung zum Geld, in unserer Akzeptanz eines Geld-Imperiums und seiner Macht über uns und unsere Gesellschaften. Auf diese Weise bringt uns die Finanzkrise, die wir erleben, dazu, zu vergessen, woher sie kommt. Denn ihre Hauptursache liegt in einer tiefen anthropologischen Krise: Man verweigert dem Menschen das Primat. Wir haben neue Götzen geschaffen. Die Anbetung des Goldenen Kalbes aus der Antike (vgl. Ex 32, 15-34) hat ein neues und herzloses Bild im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur der Wirtschaft ohne menschliches Antlitz und ohne echte menschliche Zielsetzung gefunden.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise scheint diese Deformation offenkundig zu machen. Ausschlaggebend dafür ist aber vor allem, dass eine anthropologische Orientierung fehlt, weil der Mensch auf ein einziges Bedürfnis reduziert wird, nämlich auf den Konsum. Schlimmer noch, die Menschen selbst werden heute als Konsumgüter betrachtet, die genutzt und weggeworfen werden können. Wir haben eine Wegwerf-Kultur begonnen. Diese Deformation bestätigt sich individuell und gesellschaftlich - und wird sogar noch gefördert! In diesem Zusammenhang wird die Solidarität, der Schatz der Armen, oft kontraproduktiv und gegensätzlich zur Logik der Finanzen und der Wirtschaft angesehen.

Während das Einkommen einer Minderheit exponentiell zunimmt, muss die Mehrheit mit immer weniger auskommen. Dieses Ungleichgewicht resultiert aus Ideologien, die die absolute Autonomie der Märkte und Finanzspekulationen

einfach auseinandergetrieben werden konnten.

Die letzten Demonstranten wurden gegen 23.00 Uhr frei gelassen. Daraufhin gab es noch eine kurze Abschlusskundgebung um unseren Lautsprecherwagen herum, auf der auch Ulli Wilken von der Fraktion Die Linke im Landtag und Werner Rätz von attac die Ereignisse kommentierten. Der Vermittlungsausschuss für die Demonstration zeichnete ein heilloses Bild von den Verhandlungen mit der Polizei. Es gab offenbar kein Entgegenkommen, keine Kompromissbereitschaft, sondern reine Macht demonstration, die auch vor falschen Angaben gegenüber der Justiz nicht zurückschreckte: Es gäbe keine Einkesselung, nur einen kurzen Stopp des Demonstrationszuges.

Schließlich geleitete der Lautsprecherwagen der DGB-Jugend die Demonstrantinnen und Demonstranten, die bis Mitternacht ausgeharrt hatten, zum Bahnhof, wo wir unsere S-Bahn suchten, während einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Frankfurt und vom Blockupy-Camp zu einer spontanen Feier übergingen. Wir schlängelten uns durch eine Reihe helmbewehrter und knüppelbewaffneter Polizistinnen und Polizisten hindurch, um unsere Bahn zu erreichen. Gegen 1.00 Uhr nachts waren wir beim Auto in Frankfurt-Keiserlei, gegen 2.00 Uhr morgens war ich zu Hause. Es war die längste Demonstration, die ich je mitgemacht habe.

*Bad Hersfeld, am 2. Juni 2013
Hartmut Futterlieb*



Voll Wut, voll Trauer, voll Freude...

Erklärung zur Blockupy-Demonstration am 01.06. 2013 in Frankfurt

Am Samstag haben wir, Christ_innen verschiedenen Alters, verschiedener Konfessionen, organisiert und unorganisiert, uns an der Demonstration gegen das europäische Krisenregime in Frankfurt beteiligt. Wir wollten unsere Ablehnung einer Politik deutlich machen, die in vielen europäischen Ländern Menschen in Arbeitslosigkeit treibt, sie zu Obdachlosen werden lässt, ihnen die Möglichkeit zu medizinischer Versorgung nimmt und Bildungssysteme zerstört. Wir wollten gegen eine Politik demonstrieren, die Menschen weltweit zu unfreiwilligen Nomaden werden lässt, die auf ihren Wegen in eine vermeintlich bessere Welt in Wüsten verdursten und in Meeren ertrinken. Wir wollten gegen eine kapitalistische Weltordnung demonstrieren, die weltweit von Kriegen, von Umweltzerstörung, von Menschenrechtsverletzungen profitiert. Und wir wollten in Frankfurt deutlich machen, dass die strukturellen Unrechtsverhältnisse auch sichtbar gemacht werden können: zum Beispiel an der Europäischen Zentralbank..

Wir befanden uns in der Demonstration am Anfang, im antikapitalistischen Block und direkt dahinter. Aber unsere Erfahrungen waren überall die gleichen. Die Demonstration war kaum gestartet, als die hochgerüstete Polizei oder besser: Bürgerkriegsarmee uns angegriffen hat; mit brutaler Gewalt, Tritten, Schlägen, Schlagstockeinsätzen und Pfeffersprayattacken wurde die Demonstration zerschlagen und behindert, bevor sie überhaupt richtig losgegangen war. Einen ganzen Tag lang wurden wir mit offensichtlichen Propagandalügen überzogen: Es hätte Straftaten gegeben, massive Angriffe auf Polizisten, der „Schwarze Block“ sei auf Gewalttätigkeiten aus gewesen ... Wir wissen es besser, weil wir dabei waren: Ja, es gab einen schwarzen, vermummten, verbrecherischen Block: Er bestand aus Polizisten aus verschiedenen Bundesländern. Ja, es gab wütende Gewalt: sinnloses Verprügeln von Demonstrant_innen. Ja, es gab Drahtzieher: im hessischen Innenministerium, in der Polizeiführung und im grün-schwarzen Senat.

Am 3. Juni zählten die Demo-Sanitäter über 320 Verletzte, die jüngsten im Grundschulalter, die ältesten über siebzig.

Voller Wut und voller Trauer erkennen wir die Aufhebung demokratischer Bürger_innenrechte. Jetzt sehen wir noch deutlicher, dass das kapitalistische System eine Religion ohne Aussicht auf Befreiung und Erlö-

sung ist. Aber unsere Wut ist größer als unsere Trauer. Denn wir wissen, dass unser Widerstand legitim ist: nicht nur, weil wir ein anderes Leben wollen, sondern weil zu viele auf der ganzen Welt überhaupt um ihr Recht gebracht werden - for a few dollars more.

Voller Freude halten wir aber auch fest, dass die Gewalt der Herrschenden ins Leere gelaufen ist: So gut wie niemand hat sich den Provokationsversuchen ergeben und zurückgeschlagen (was wir verstanden hätten), niemand hat den Spaltungsversuch in „gute“ und „böse“ Demonstranten zugelassen, niemand hat sich die Überzeugung nehmen lassen, für eine gerechte Sache auf der Straße zu sein. Im Gegenteil: Mit jeder Stunde, mit der wir von unserem Recht zu demonstrieren abgehalten wurden, wuchs ein großartige und in diesem Ausmaß unerwartete Solidarität.

Ihr könnt uns prügeln und uns mit Pfefferspray eindecken, ihr könnt uns verhaften und verfolgen, ihr könnt uns wie Untermenschen behandeln : Wir werden wiederkommen, wir werden mehr sein und wir werden bunter sein. „Habt Mut zu kämpfen, habt Mut zu siegen“, sagten uns unsere Freunde aus Italien. Wir werden weitermachen - voller Freude über eure kommende Niederlage.

Münster, 6. Juni 2013

Dr. Michael Ramminger, Institut für Theologie und Politik
Cordula Ackermann, Theologiestudentin
Barbara Imholz, Religionslehrerin
Anna Maria Imholz, Schülerin
Jonathan Hansen, Theologiestudent
Ricarda Koschick, Lehrerin
Julia Lis, M.A.
Dr. Franz Segbers, Prof. für Sozialethik, Marburg
Gregor Böckermann, Ordensleute für den Frieden
Ute Schäfer, Pax Christi Idstein
Hermann Schaus, MdL Die Linke, Hessen
Dr. Andreas Hellgermann, Lehrer
Hartmut Futterlieb, Religionslehrer
Andreas Luttermann, Lehrer
Dr. Katja Strobel, Theologin
David Hellgermann, Student
Philipp Geitzhaus, Befreiungstheologisches Netzwerk
Marjana Schott, MdL Die Linke, Hessen
Tomás Imholz, Student
Hartmut Käberich, Pfr. i. R.